

DAS ECHO IN GRIECHENLAND

Presse

In Griechenland fand der Report in der Presse große Resonanz. Bereits am 30.10.07, dem Tag nach der Pressekonferenz, befassten sich alle großen Tageszeitungen sowie alle Fernseh- und Radiosender mehr oder weniger ausführlich mit dem Thema.

Die "Eleftherotypia", die zweitgrößte Tageszeitung Griechenlands, widmete sowohl am 30. als auch am 31.10.07 ihre Titelstory dem Report, mit den Überschriften wie "Abscheulichkeiten" (30.10.) und "Wie die Hunde" (31.10.) sowie zwei Seiten Reportagen und Analysen auf den Innenseiten. Am ersten Tag lag das Schwergewicht auf den Folterungen der Flüchtlinge/Migranten durch die Küstenwache, immer mit Bezugnahme auf den Report, während die Zeitung das Thema am zweiten Tag selbständig erweiterte und eine Reportage über die Praktiken der "gewaltsamen Abwehr" veröffentlichte. Dabei wurde hervorgehoben, dass diese Praxis keinerlei Rechtfertigung im internationalen Recht findet und gegen die Menschenrechte verstößt.

Außerdem wurde über die Gräber von Flüchtlingen berichtet, die beim Versuch, das Land zu erreichen, ertrinken, und schließlich über die gewaltsamen Zurückschiebungen in die Türkei sowie die Praxis des Aussetzens von Flüchtlingen durch die Küstenwache auf unbewohnten felsigen Eilanden.

Abgeordnete – Politiker – Regierung

Der Report wurde zentral in den Auseinandersetzungen zwischen der Regierungs- und den Oppositionsparteien. Kein Politiker bestritt, dass sich diese Vorfälle tatsächlich in der Ägäis zutragen; es wurde eine offizielle Untersuchung durch die Regierung angeordnet. Im einzelnen:

1. Der **Minister für Schifffahrt, Ägäis und Insepolitik G. Voulgarakis** bezeichnete die Anschuldigungen als besonders gravierend; sie erzeugten ernste Besorgnis. Gleichzeitig ordnete er nach einer Unterredung mit dem Chef der Küstenwache, Elias Sionidis, eine Offizielle Untersuchung an, bei der die Angehörigen der Küstenwache, die an den Folterungen beteiligt waren, herausgefunden werden sollten; dabei schloss er allerdings nicht aus, dass es sich möglicherweise um Provokationen bzw. falsche Verdächtigungen handele.
2. Die **Außenministerin Dora Bakoyanni** erklärte, dass "Griechenland keine weiteren Ausländer aushalten" könne und dass eine Zusammenarbeit sowohl mit der EU als auch der Türkei notwendig sei.

3. Der **Innenminister P. Pavlopoulos** versuchte während einer Redeschlacht im Parlament mit dem Vorsitzenden der größten Oppositionspartei PASOK, auf die erhobenen Vorwürfe zu erwidern, indem er erklärte, dass der PASOK-Vorsitzende das Land international an den Pranger stelle, da er sich aus dem Ausland erhobene Vorwürfe zu eigen mache, die – wie er meinte – sich höchstwahrscheinlich als unbegründet herausstellen werden.

Er selbst allerdings sandte eiligst noch am 30.10.07, mit mehrmonatiger Verspätung, einen "entschuldigenden" Antwortbrief an den Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europaparlaments, Jean Marie Carada, wo er sich auf den das Land belastenden Report einer Gruppe von 9 Abgeordneten im Hinblick auf die üblen Bedingungen der Unterbringung von illegal eingereisten Migranten (vorwiegend in den alten Aufnahmelagern) bezog. Die Europaabgeordneten hatten im vergangenen Juni alte und neue Aufnahmelager in Samos besucht und danach ihren Report verfaßt. "Die Kontrolle und die Handhabung der illegalen Einwanderung hat europäische Ausmaße und betrifft uns alle", erklärt Pavlopoulos in seinem Schreiben und führt aus, dass allein im vergangenen September in ganz Griechenland 13.151 illegale Migranten festgestellt wurden. Im Zusammenhang mit den Bemühungen der griech. Regierung, dem Problem zu begegnen, unterstreicht Pavlopoulos:

- Seit April 2007 ist im Demos [Gemeindeverband] Kyprino, Reg.-Bez. Evros, ein Aufnahmezentrum für illegale Migranten (378 Personen) in Betrieb.
- Ein weiteres Lager in Samos ist fertiggestellt und wird demnächst in Betrieb gehen (300 Personen).

In seinem Schreiben unterstreicht der griech. Innenminister auch, dass die griech. Verwaltung versucht, ein zeitgemäßes Gesetz auf den Weg zu bringen, um menschenwürdige Bedingungen in den Aufnahmezentren für illegale Migranten zu gewährleisten.

4. Der **Vorsitzende des PASOK, G. Papandreou**, hat im Parlament öffentlich seiner Beschämung Ausdruck gegeben und verlangt, die politisch und in der Verwaltung Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
5. Der **PASOK-Abgeordnete N. Alevras** stellte eine entsprechende parlamentarische Anfrage.
6. Der **Abgeordnete von SYRIZA** [Allianz der Radikalen Linken, kleinere Oppositionspartei] **F. Kouvelis** stellte den Ministern für Justiz und Inneres die Frage, ob die bei Flüchtlingen gesetzlich vorgesehene Verfahrensweise in einem anderen Fall – der nicht im Report enthalten ist und die Stadt Volos betrifft – eingehalten worden ist.
7. Der **Europaabgeordnete des SYNASPISMOS** (Linksallianz) **Dimitris Papadimoulis** richtete an die EU-Kommission eine Anfrage folgenden Inhalts:

"Am 29.10.2007 wurde ein Report der NGO PRO ASYL veröffentlicht, der sich auf die Lage der Flüchtlinge in der Ägäis und die Praktiken, die die griech. Küstenwache verfolgt, bezieht. Im Report werden Beschuldigungen hinsichtlich

systematischer Menschenrechtsverletzungen, Misshandlungen, rechtswidriger Zurückschiebungen von Flüchtlingen und sogar Folterungen erhoben.

Ist die Kommission über die Schlussfolgerungen des genannten Reports informiert? Wie beurteilt sie den Vorschlag der NGO PRO ASYL, die Anwendung des Abkommens von Dublin bei Asylanträgen in Griechenland im Hinblick auf die dort untragbaren Aufnahmebedingungen vorläufig auszusetzen? Hat Griechenland der Kommission seine Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Europ. Gerichtshofs vom 19. April 2007 in der Rechtssache C-72/06, Verletzung der Richtlinie 2003-9-EK, bekannt gemacht?"

8. Der **SYRIZA-Abgeordnete Th. Dritsas** hat die Folterungen als griech. Guantanamo charakterisiert.

Nachtrag vom 01.11.07

9. In der **Eleftherotypia**, die breit in Artikeln und Statistiken berichtet, wurde eine Untersuchung veröffentlicht, nach der von den insgesamt 14.594 Asylanträgen, die seit Anfang 2007 gestellt wurden, nur 16 stattgegeben wurde, davon 11 aus humanitären Gründen (also 0,2 % aller Anträge).

Eleftherotypia vom 01.11.07: "Nach zuverlässigen Informationen beunruhigte die allgemeine Praxis von Mikromastoras [der chef der Küstenwache in Mitilini/Lesbos, von dem auch im Report die Rede ist] den Minister Voulgarakis höchstselbst, als dieser sich kürzlich zu einer Besprechung in Mytilini aufhielt. Es herrschte jedoch die Ansicht vor, dass er [Mikromastoras] bis zum 07.12. auf seinem Posten bleiben solle, dem Tag seiner Pensionierung. Bis dahin kann er mit Duldung der politischen Führung des Marineministeriums fortfahren, den Staat mit seinen seltsamen Auffassungen bloßzustellen."

Die Zeitung fährt fort: "Der Kommandierende der Küstenwache Makedoniens, Flottillenadmiral V. Tsetouras, begann gestern die Offizielle Untersuchung, studiert eingehend den Report von PRO ASYL und versucht parallel dazu, aufgrund der Beschuldigungen herauszufinden, welche die möglichen Täter sein könnten."

In derselben Zeitung erschien heute eine Reportage bezüglich der Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen (zur Unterbringung von Flüchtlingen). Es wird auch über das Problem berichtet, dass keine Übersetzer vorhanden seien, was dazu führt, dass Asylanträge nicht gestellt werden.

10. Eine Untersuchung, die herausfinden soll, ob Seeleute der Küstenwache an Misshandlungen und Folterungen von illegalen Migranten beteiligt waren, wird auch vom Gesamtgriechischen Zusammenschluss der Personalvertretungen der Küstenwache durchgeführt.

Der Zusammenschluss appellierte durch seinen Vorsitzenden G. Drivakos an jedes Mitglied der Küstenwache, das etwas über solche Fälle weiß, sei es als Augenzeuge, sei es vom Hörensagen, seine Personalvertretung zu informieren.

Der Zusammenschluss veröffentlichte folgende Verlautbarung: "Die Mitglieder der Küstenwache aller Ränge retten aufopferungsvoll und unter widrigen Umständen auf See in vielen Fällen das Leben von illegalen Wirtschaftsflüchtlingen. Es ist daher zumindest ungerecht, Kommentare zu hören, dass dieselben Menschen deren [der Flüchtlinge] Folterer werden. Wenn es aber schließlich solche Vorkommnisse geben sollte, stellen sie uns alle bloß und machen unseren alltäglichen Kampf zunichte."

11. **Giorgos Tsarbopoulos, UNHCR Griechenland**, bestätigt – der Eleftherotypia zufolge – dass nach inoffiziellen Zeugenberichten, die dem UNHCR vorliegen, "rechtswidrige Zurückschiebungen von illegalen Migranten innerhalb weniger Stunden während derselben Nacht an die Küsten der Türkei stattfinden" und dass Erklärungen offizieller Träger auf den Inseln (z. B. von Hafenmeistern) die Beschuldigungen bekräftigen, dass solches passiert.